



Die Garderobe in einer Kindertagesstätte in Essen

BILD: DPA

Geschwister müssen oft zahlen

Kritik an Regierung – Nicht alle Kommunen geben Geld für Kita-Beitragsfreiheit an Eltern weiter

Düsseldorf. Eigentlich sollte die reine Freude herrschen: Alle Kinder in Nordrhein-Westfalen brauchen für das letzte Kindergartenjahr keinen Beitrag mehr zu zahlen. So hat es Rot-Grün, ihrem Wahlkampfversprechen folgend, beschlossen. Doch es hagelt Kritik. Viele Gemeinden, die bisher das erste Kind mit einem Beitrag belegten, Geschwisterkinder aber freistellten, nehmen nun von Geschwisterkindern Kita-Gebühren. Auch im Kölner Umland gibt es Kreise, in denen Gemeinden (noch) so verfahren.

Am Mittwoch erreichte die Kritik auch den Düsseldorfer Landtag. Etliche Kommunen kassieren doppelt: die Ausgleichszahlungen vom Land, zum anderen Geld von den Eltern über neue oder erhöhte Beiträge für Geschwisterkinder.

Die Vorwürfe, dass es bei den Kindergarten-Beiträgen ein Chaos gebe, hat NRW-Familienministerin Ute Schäfer zurückgewiesen – und die Neuregelung verteidigt. Die zum 1. August eingeführte Beitragsfreiheit für das dritte Kita-

Der Beschluss war ein Meilenstein

Ute Schäfer, SPD

Jahr sei ein „Meilenstein“, sagte die SPD-Politikerin. Von den Kommunen erwarte die Regierung, dass sie die Entlastung auch tatsächlich an die Eltern weitergeben – und daran habe sie die Kommunen auch in einem Brief erinnert, betonte Schäfer.

Die Ministerin erläuterte, dass den Kommunen durch die Reform

zwar 113 Millionen Euro pro Jahr fehlten. Diese Lücke werde ihnen aber mit 150 Millionen Euro vom Land mehr als erstattet.

Andrea Asch von den Grünen verwies darauf, dass die schwarzgelbe Vorgängerregierung im Jahr 2006 landeseinheitliche Kita-Beiträge und eine Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder aufgehoben habe. Damit sei eine „familien- und kommunalfeindliche Politik“ in Gang gekommen, die Rot-Grün nun Schritt für Schritt korrigiere, sagte Asch.

Die Linke forderte die Wiedereinführung von landeseinheitlichen, sozial gestaffelten Elternbeiträgen und legte einen entsprechenden Gesetzentwurf vor.

CDU und FDP kritisierten chaotische Zustände und ein schlampig gemachtes Gesetz. Es sei „unan-

ständig“, nun dafür den Kommunen die Schuld zu geben und Stadträten und Bürgermeistern „Daumenschrauben anzulegen“, sagte der CDU-Abgeordnete Bernhard Tenhumberg.

Die FDP meinte, Rot-Grün habe

Die CDU kritisiert chaotische Zustände und ein schlampiges Gesetz

ih „teures Wahlgeschenk vor die Wand gefahren“, wolle dafür aber nicht die Verantwortung übernehmen. Der familienpolitische Sprecher Marcel Hafke (FDP) kritisierte, erst sei ein „schlecht gemachtes Gesetz“ durch den Landtag gepeitscht worden, und nun beschimpfe Schäfer die Kommunen als „Falschspieler“. (bce, dpa)